

Olaf Deinert

Der europäische Kollektivvertrag

Rechtstatsächliche und rechtsdogmatische Grundlagen
einer gemeineuropäischen Kollektivvertragsautonomie



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

A	<i>bkürzungsverzeichnis</i>	15
	<i>1. Kapitel: Einleitung: Vom europäischen Tarifvertrag zum europäischen Kollektivertrag</i>	27
	<i>2. Kapitel: Bedarf an europäischen Kollektiverträgen</i>	34
I.	Zur Bedeutung eines Bedarfs an europäischen Kollektiverträgen	34
II.	Weiterer Gang der Darstellung	35
III.	Möglicher Regelungsbedarf	35
1.	Ursachen für das Entstehen eines Bedarfs	35
a)	Gewerkschaftliche Sicht	36
b)	Arbeitgebersicht	41
c)	Ausreichen der international-privatrechtlichen Lösung?	44
d)	Zusammenfassung	51
2.	Einige mögliche Gegenstände europäischer KoUektiverträge	52
a)	Entlohnungsfragen	52
b)	Arbeitszeit	54
c)	Urlaub und andere bezahlte Freistellungen	56
d)	Arbeitsschutz und sonstige Arbeitsbedingungen	58
e)	Entlassungsbedingungen	58
f)	Arbeitsbedingungen für besondere Arbeitsverhältnisse	59
g)	Arbeitsbedingungen entsandter Arbeitnehmer	63
(1)	Anwendbares Arbeits- und Sozialrecht	63
(2)	Entsenderichtlinie und Entsendegesetz	65
(3)	Weiterer Bedarf für europäische KoUektiverträge?	68
(a)	Erstreckung der Arbeitsbedingungen des Ortsrechts auf entsandte Arbeitnehmer	68
i.	Bedarf für Erstreckungen im allgemeinen	68
ii.	Gegenstände	69
iii.	Regelungstechnik	69
(b)	Andere Regelungsgegenstände	70
(4)	Die grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung	71
h)	Ökologische Fragen	72
i)	Betriebs- und Unternehmensverfassung	74
(1)	Bedarf im allgemeinen	75
(2)	Praxisbeispiele bestehender Vereinbarungen	76
(3)	Die Richtlinie 94/45/EG	79

(4) Fortbestehender Bedarf	82
j) Statusfragen und Arbeitskämpfregelungen	83
k) Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	85
IV. Entwicklungen auf dem Weg in eine Wirtschafts- und Währungsunion	86
1. Rechtlicher Rahmen: Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion	86
2. Bedeutung tariflicher Lohnpolitik in einer Währungsunion	90
3. Mögliche tarifpolitische Entwicklungen und ihre Konsequenzen	92
a) Erstes Szenario: Unkoordinierte Lohnpolitik	92
b) Zweites Szenario: Koordinierung der Lohnpolitik nationaler Tarifparteien	93
c) Drittes Szenario: Bildung eines „Lohnkartells“ im einheitlichen Währungsraum	93
d) Viertes Szenario: Strategie des „Lohndumping“	94
e) Weitere Szenarien unter Berücksichtigung öffentlicher Transferzahlungen	95
(1) Fünftes Szenario: Unkoordinierte Lohnpolitik im Vertrauen auf Transferzahlungen	95
(2) Sechstes Szenario: Koordinierte Lohnpolitik in der Hoffnung auf Transferzahlungen	96
f) Zu erwartende Entwicklungen	96
(1) Lohndumping?	96
(2) Einheitliches Lohnkartell?	97
(3) Differenzierte Lohnpolitik	98
(a) Arbeitnehmersicht	98
(b) Arbeitgebersicht	100
(c) Schlußfolgerungen	100
4. Unterschiede zum Status quo im EWS	101
5. Fazit und Schlußfolgerungen	103
V. Interesse der potentiellen Parteien europäischer KoUektiwerträge	105
1. Bisherige Stellungnahmen	106
a) Zum Kreis der zu berücksichtigenden möglichen Parteien	106
b) Zur weiteren Darstellung	108
c) Ansichten auf Arbeitnehmerseite	108
(1) Der EGB als europäischer Dachverband von Gewerkschaften	108
(2) Handlungskonzepte der Arbeitnehmerschaft auf europäischer Ebene	109
(3) Themen und Inhalte europäischer KoUektiwerträge aus gewerkschaftlicher Sicht	113
(4) Einschätzung der Chancen und Grenzen europäischer Kollektivverträge	115
d) Ansichten auf Arbeitgeberseite	119
(1) Spitzenverbände der Arbeitgeberseite	119
(2) Standpunkt der Arbeitgeberseite zu europäischen Kollektivverträgen	120

(3) Praktische und rechtliche Bedenken	122
e) Fazit	124
2. Auswertung der schriftlichen Befragung	125
a) Untersuchungsziel	125
b) Methoden und weiteres Vorgehen	126
c) Ergebnisse der Erhebung	130
(1) Interesse der Befragten an europäischen Kollektiwertträgen	130
(2) Präferenzen hinsichtlich rechtlicher Wirkungen	131
(3) Einschätzung der Vor- und Nachteile	133
(4) Mögliche Regelungsgegenstände	141
(5) Schwierigkeiten beim Abschluß	144
(a) Fehlen eines gesetzlichen Rahmenwerks	144
(b) Schwierigkeiten hinsichtlich der Erteilung eines Mandats	146
(c) Fehlende innere Einigkeit	149
(d) Weitere Schwierigkeiten	150
(6) Sonstige Ergebnisse der Befragung	151
d) Zusammenfassung	151
 VI. Ergebnisse des zweiten Kapitels in Thesen und Ausblick	 153
 <i>3. Kapitel: Rechtsgrundlagen europäischer Kollektivverträge</i>	 157
I. Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage	157
1. Der Standpunkt der Gemeinschaftsorgane	157
2. Bisher vertretene Theorien	160
a) Abkehr von der Delegationstheorie: Autonome Kollektiwertträge extra legem	160
b) Kollektiwerttragsautonomie in den mitgliedstaatlichen Verfassungen und völkerrechtlichen Rechtsquellen	161
c) Umsetzungsmodelle in Richtung auf einen grenzüberschreitenden Kollektiwerttrag	162
(1) Muster-Kollektiwertträge	162
(2) Mehrgliedrige Kollektiwertträge	163
(3) Abschluß in Tarifkommissionen	163
(4) Abschluß durch europäische Verbände	164
3. Kritik und Schlußfolgerungen	164
 II. Kollektiwertträge als Ergebnisse des Sozialen Dialogs nach Art. 118b EG-V (künftig Art. 139 I Var. 1 EG-V)	 165
1. Der Soziale Dialog nach Art. 118b EG-V	166
a) Historische Entwicklung des Sozialen Dialogs	166

b) Aufgabe und Funktion	167
c) Bisherige Ergebnisse des Sozialen Dialogs	168
2. Art. 118b EG-V (künftig Art. 139 I Var. 1) als Rechtsgrundlage für europäische Kollektiwerträge?	170
a) Lediglich Programmsatz?	170
b) Fehlende Gemeinschaftskompetenz zur Schaffung eines europäischen Kollektiwertrechts(?)	172
c) Die „vertraglichen Beziehungen“	174
(1) Meinungsstand	174
(2) Kritik und eigener Standpunkt	175
(a) Schuldrechtliche Bindungswirkung vertraglicher Beziehungen	175
(b) Fehlendes Kollektiwertrechtsrecht und Unmöglichkeit der Lückenfüllung	176
(c) Subsumtion des europäischen Kollektiwertrechts unter den Begriff der vertraglichen Beziehungen	178
(d) Wirkungen der vertraglichen Beziehungen	182
d) Schlußfolgerungen und Bewertung	184
3. Zwischenergebnis	186
III. Kollektiwerträge als Ergebnisse des Sozialen Dialogs nach Art. 4 I des Abkommens über die Sozialpolitik (künftig Art. 139I EG-V)	186
1. Das Protokoll und das Abkommen über die Sozialpolitik	186
2. Die neuen Aufgaben der Sozialpartner nach dem Sozialabkommen	192
a) Aufgaben der Sozialpartner in den Mitgliedstaaten nach dem Sozialabkommen	192
b) Aufgaben der Sozialpartner auf Gemeinschaftsebene nach dem Sozialabkommen	193
(1) Konsultation im Rahmen sozialpolitischer Gemeinschaftsrechtsetzung	193
(2) Verhandlungen der Sozialpartner über den Abschluß von Vereinbarungen	195
(3) Umsetzung von Vereinbarungen nach den Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten	196
(4) Umsetzung von Vereinbarungen durch einen Beschluß des Rates	198
(a) Allgemeines	198
(b) Verpflichtung der Gemeinschaftsorgane zur Durchführung einer Vereinbarung	199
(c) Inhaltliche Bindung der Gemeinschaftsorgane an eine Vereinbarung	199
(d) Rechtliche Qualifizierung des Beschlusses	202
c) Bewertung	205
3. Entwicklung des Sozialen Dialogs unter dem Sozialabkommen	207
4. Europäische Kollektiwerträge als „Vereinbarungen“ der Sozialpartner?	208
a) Meinungsstand	209

b) Notwendigkeit und Grenzen einer umfassenderen Würdigung	215
c) Entwicklung gemeinschaftlicher Sozialpolitik und Bedeutung europäischer Kollektiverträge	219
(1) Die Entwicklungsstufen	219
(a) Die Gründungsverträge	219
(b) Einheitliche Europäische Akte	223
(c) Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte	224
(d) Maastrichter Vertrag über die Europäische Union und Abkommen über die Sozialpolitik	226
(e) Künftige Änderungen mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages	227
(2) Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	227
d) Instrument zur Vermeidung unzulässiger Diskriminierungen	229
e) Die neue Dimension sozialpartnerschaftlicher Einigung	233
f) Das Prinzip der „doppelten Subsidiarität“	235
(1) Das Subsidiaritätsprinzip seit dem Maastricht-Vertrag	235
(2) Anwendbarkeit des Subsidiaritätsprinzips auch im Rahmen des Sozialabkommens	237
(3) Die Idee der doppelten Subsidiarität	238
(a) Das Wesen des Subsidiaritätsgedanken	238
(b) Nationale Tarifverträge im Subsidiaritätstest	241
(c) Horizontale Subsidiaritätsprüfung auf Gemeinschaftsebene	242
(4) Alte Formel in neuen Worten? - Die Normsetzungsprärogative der Sozialpartner	245
(5) Schlußfolgerungen	247
(a) Erfordernis hinreichender Effektivität	248
(b) Ausreichen mitgliedstaatlichen Tarifrechts?	248
(c) Internationale Tarifverträge?	248
(d) Konkretisierungen	250
g) Ein europäisches Grundrecht der Kollektivertragsautonomie	254
(1) Die Grundrechte des europäischen Gemeinschaftsrechts im allgemeinen	254
(a) Ungeschriebene Gemeinschaftsgrundrechte	254
(b) Grundrechtsverpflichtete	257
(2) Bedeutung gemeinsamer Rechtsgrundsätze der Mitgliedstaaten für vorliegende Untersuchung und weiterer Gang der Darstellung	258
(3) Aussagen des geschriebenen Gemeinschaftsrechts zu einem Grundrecht der Kollektivertragsautonomie	262
(a) Zusammenarbeit von Verbänden und Hoher Behörde nach Art. 48 EGKS-V	263
(b) Allgemeine sozialpolitische Vorschriften des EG-V	263
(c) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	264
i. Regelungen zur Koalitionsfreiheit in den Vorschriften über die Freizügigkeit	264

ii. Verwirklichung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes	265
(A) Implikationen für die Kollektivertragsautonomie	265
(B) Kollektivautonomie als kollektiv ausgeübte Privatautonomie	266
(C) Kollektivautonomie als Privatautonomie der Kollektivvertragsparteien	267
(D) Kollektivautonomie als Komplementärgrundrecht zur Grundfreiheit der Freizügigkeit	268
(E) Kollektivertrag als vorausgesetztes Instrument zur Regulierung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes	268
(d) Zusammenfassung	269
(4) Völkerrechtliche Verträge	270
(a) Europäische Menschenrechtskonvention	273
(b) Europäische Sozialcharta	277
(c) Die Rechtsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)	280
(d) Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen (IPBPR und IPWSKR)	285
(e) Zwischenbilanz	287
(5) Sonderfall: Die Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte	289
(6) Rechtsvergleichende Umschau	289
(a) Deutschland	293
(b) Österreich	299
(c) Frankreich	307
(d) Belgien	315
(e) Luxemburg	324
(f) Niederlande	332
(g) Spanien	342
(h) Portugal	352
(i) Italien	360
(j) Griechenland	369
(k) Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	379
(l) Irland	390
(m) Dänemark	398
(n) Schweden	407
(o) Finnland	418
(p) Wertende Vergleichung, Grundrechtsfindung und Schlußfolgerungen	426
i. Die Koalitionsfreiheit	426
ii. Insbesondere: Koalitionsbetätigung	427
iii. Der Begriff der Koalition	428
iv. Die Kollektivautonomie	430
v. Insbesondere: Schutz vor Staatsintervention und konkurrierender Gesetzgebungstätigkeit	433
(7) Zusammenfassung und Folgerungen für die Auslegung des Art. 4 I	

Sozialabkommen	435
h) Bestimmung der Wirkungen europäischer Kollektiverträge	436
(1) Rechtsvergleichende Auslegung	436
(2) Rechtsfortbildung	437
(a) Bekannte Regelungsmodelle des Europarechts	438
(b) IPR-Modell	439
(c) Modell der parallelen Wirkungsstatute	440
(d) Evaluierung in Hinblick auf die Systematik des Art. 4 Sozialabkommen	443
i. Durchführung der Vereinbarungen nach den „Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten“	443
ii. Durchführung der Vereinbarungen durch einen Beschluß des Rates	446
(e) Konkretisierungen und Bewertung	450
i) Bedeutung des Ausschlusses eines Tätigwerdens der Gemeinschaften auf bestimmten Gebieten des kollektiven Arbeitsrechts gem. Art. 2 VI Sozialabkommen (künftig Art. 13 7 VI EG-V)	454
j) Entstehungsgeschichte des Art. 4 I Sozialabkommen	456
k) Zwischenergebnis	458
1) Exkurs: Die möglichen Parteien (Kollektivertragsfähigkeit)	459
(1) Kollektiverhandlungen als Koalitionsbetätigung	459
(2) Repräsentativität	461
(3) Kollektivertragsfähigkeit des Einzelarbeitgebers	466
(4) Supranationale Struktur	467
(5) Organisationsstruktur	468
(6) Rechtsfähigkeit und Registrierung	469
(7) Ergebnis	469
5. Zusammenfassung und Bewertung	470
IV. Europäisches Grundrecht der Koalitionsfreiheit als Rechtsgrundlage	471
V. Ergebnisse des dritten Kapitels in Thesen und Ausblick	472
<i>4. Kapitel: Das Kollisionsrecht des europäischen Kollektivvertrags</i>	475
I. Art der Kollision	475
II. Maßgebliche Kollisionsnorm	477
<i>5. Kapitel: Schlußbetrachtungen</i>	479
I. Wichtigste Ergebnisse der Untersuchung	479
II. Bewertung des geltenden Rechts und der Chancen für europäische Kollektiverhandlungen	480

III. Ausblick	485
1. Offengebliebene Fragen	485
2. Quo vadis, europäischer KoUektiwertrag?	486
<i>Anhang I</i>	489
<i>Anhang II</i>	500
<i>Anhang III</i>	504
<i>Anhang IV</i>	525
<i>Anhang V</i>	534
<i>Anhang VI</i>	538
<i>Literaturverzeichnis</i>	556